



DIGITALISIERUNG UND KREISLAUFWIRTSCHAFT: ZEIT FÜR EIN SOZIAL-ÖKOLOGISCHES UPGRADE

Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft Rohstoffe

Die **AG Rohstoffe** setzt sich für eine ökologisch nachhaltige, demokratische, gerechte, entwicklungspolitisch kohärente und menschenrechtskonforme Rohstoffpolitik ein. Sie ist ein Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Expertise in den Bereichen Menschenrechte, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung. Wir pflegen intensive, direkte Kontakte zu Betroffenen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen in Abbau- und Verarbeitungsländern des globalen Südens einerseits und zu den AkteurInnen aus Kreislaufwirtschaft und Abfallbewirtschaftung andererseits. Wir sehen die dringliche Notwendigkeit, auf Lücken und Fehlorientierungen der österreichischen Rohstoffpolitik hinzuweisen und sind davon überzeugt, durch unsere

kombinierte Expertise einen wichtigen Beitrag für deren Weiterentwicklung leisten zu können.

Die **Rohstoffstrategie der österreichischen Bundesregierung** verfolgt in ihrer aktuellen Fassung – so wie auch sein europäisches Pendant – primär die Versorgungssicherheit der heimischen Wirtschaft.¹

Eine Auseinandersetzung mit den zahlreichen sozialen und ökologischen Problemen im Zusammenhang mit Rohstoffabbau, -verarbeitung und -verwendung wird jedoch weitgehend vermieden. Für das Jahr 2019 hat das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus eine Überarbeitung der aktuellen Rohstoffstrategie angekündigt.

Hier wollen wir ansetzen und uns einbringen.

PLÄDOYER FÜR EINE NEUE ROHSTOFFPOLITIK IN ÖSTERREICH & EUROPA

Mineralische Rohstoffe sind auf unserem Planeten nur begrenzt vorhanden. Ihr Abbau geht zum Teil mit gravierenden ökologischen Schäden und sozialer Ausbeutung einher. Gleichzeitig werden Rohstoffe heute in Europa in unverhältnismäßig hohem Maße verbraucht und meist sehr ineffizient genutzt.²

Die OECD geht davon aus, dass sich der Rohstoffbedarf in Europa bis 2060 noch verdoppeln wird. Grund dafür sind die Industrie 4.0 und die sogenannte **digitale Revolution**: Sie sind ohne enorme Rohstoffimporte nach Europa nicht realisierbar.³ Eine auf digitalen und hochspezialisierten Technologien basierende Wirtschaft wird aufgrund ihres Wachstumspotentials als Hoffnung für die österreichische und europäische Wirtschaft und Gesellschaft gesehen. Die Art und Weise, wie und in welcher Menge die „Hardware“ unserer digitalen Zukunft produziert und genutzt wird, ist in hohem Maße relevant. Denn sie ist mitentscheidend für nachhaltige Entwicklung, ökologische Auswirkungen, regionale Konflikte und Arbeitsbedingungen in anderen Regionen der Welt.

Aktuell verursacht unser hoher Ressourcenverbrauch weltweit ernsthafte Schäden: Das Klima verändert sich; Trinkwasserreserven, Fischbestände und Wälder schrumpfen; fruchtbares Land wird zerstört und Tier- und Pflanzenarten sterben aus; in den Abbauländern des „Globalen Südens“ kommt es zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Konflikten.

Besonders **Wertschöpfungsketten im IT-Bereich** sind sehr komplex und global organisiert. Laptops, Tablets und Smartphones enthalten eine Vielzahl an Rohstoffen – in einem Smart Phone stecken z. B. bis zu 50 verschiedene Metalle –, deren Herkunft meist nur schwer nachvollziehbar ist. Dazu fehlen in dem Sektor umfassende Transparenzbestimmungen. Nach Ende der Nutzungsphase kommt es oft zu illegalem Export der Altgeräte. Rechtliche Bestimmungen, wie das Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüber-

schreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle oder die EU-Abfallverbringungsverordnung werden missachtet – mit schwerwiegenden Auswirkungen für Mensch und Umwelt im Exportland, wo sie auf technisch fragwürdigem Niveau „verwertet“ werden.⁴

Schlechte Arbeitsbedingungen in den Lieferketten der Elektronikindustrie sind durch viele Studien und Berichte belegt.⁵ In vielen Ländern erhalten ArbeiterInnen sehr niedrige Löhne für harte, gesundheitsschädliche und gefährliche Arbeit. Informelle Beschäftigungsverhältnisse, mangelnde Arbeitsschutzkleidung und eine hohe Zahl an vermeidbaren Arbeitsunfällen sind keine Seltenheit. Diese Zustände widersprechen geltenden internationalen und oft auch nationalen Arbeitsrechtsstandards.

Um einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leisten zu können, müssen wir also dringend die nötigen Schritte setzen, um möglichst ressourcen-, umwelt- und klimaschonende Herstellungsbedingungen sowie faire Arbeitsbedingungen in diesen Prozessen sicherzustellen. Dazu zählen eine Stärkung des gesellschaftlichen Bewusstseins, intensive und konstruktive Stakeholder-Dialoge, ambitionierte Industrieprogramme und **wirkungsvolle Regulierungsmaßnahmen**. Andernfalls droht, dass die europäische digitale Revolution „Industrie 4.0“ einen „Ressourcenfluch 4.0“ in anderen Erdteilen hervorruft.⁶

AKTUELLE POLITISCHE ENTWICKLUNGEN: SDGS UND SORGFALTSPRÜFUNGSPFLICHTEN

Politik und Wirtschaft beginnen langsam, sich in Multi-Stakeholder-Initiativen und mittels normativer Rahmenwerke mit den Auswirkungen des gigantischen Rohstoffverbrauchs auseinanderzusetzen. Im Fokus sind Menschen, Umwelt und Probleme in den Liefer- und Wertschöpfungsketten. Das ist auch dringend nötig. Wir wollen zwei Beispiele nennen:

In der 2015 von der UN-Vollversammlung einstimmig verabschiedeten Agenda 2030⁷ mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (**Sustainable Development Goals**, SDGs) wurden Nachhaltigkeits- und Entwicklungsagenden zusammengeführt. Die Weltgemein-

¹ <https://www.bmnt.gv.at/energie-bergbau/bergbau/Rohstoffstrategie.html> und Vgl. Communication from the Commission to the European Parliament and the Council – The raw materials initiative : meeting our critical needs for growth and jobs in Europe {SEC(2008) 2741} /* COM/2008/0699 final */, online unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52008D0699>

² Siehe z. B. United Nations Environment Programme (UNEP): Global Material Flows and Resource Productivity. An Assessment Study of the UNEP International Resource Panel, 2016, <http://www.resourcepanel.org/file/423/download?to-ken=Av9xJsGS>

³ „Mineral Raw Materials are mineral constituents of the earth's crust which are of economic value. In the most comprehensive sense this includes the so-called „mine output“ as well as the output from processing at or near the mines (for instance, the up-grading of ores to concentrates).“ (Definition World Mining Data, http://www.world-mining-data.info/?World_Mining_Data___Definitions)

⁴ Perkins, Brune Drisse, Nxele, Sly, E-Waste: A Global Hazard, 2014; <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2214999614003208>

⁵ Vgl. Good Electronics, Exploitation by deception in the electronics industry, 2018, online unter: <https://goodelectronics.org/paper-exploitation-by-deception-in-the-electronics-industry/>

⁶ Siehe PowerShift: Ressourcenfluch 4.0. Die sozialen und ökologischen Auswirkungen von Industrie 4.0 auf den Rohstoffsektor, 2017, <https://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2017/02/Ressourcenfluch-40-rohstoffe-menschen-rechte-und-industrie-40.pdf>

⁷ <https://sustainabledevelopment.un.org/>

schaft hat sich damit klare Ziele gesetzt, die alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Umwelt und Wirtschaft – gleichermaßen abbilden sollen. Die nachhaltigen Entwicklungsziele Nr. 8 (Decent Work) und Nr. 12 (Sustainable Consumption and Production), sowie eine ganze Reihe umweltrelevanter Ziele (Nr. 6 – Clean Water, Nr. 9 – Industrial Resource Efficiency, Nr. 15 – Deforestation) sind richtungsweisend für den Bereich der Rohstoffpolitik(en). Sie gelten für Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer gleichermaßen und sollen bei sämtlichen nationalen und internationalen Aktivitäten und deren Auswirkungen berücksichtigt werden.

In den letzten Jahren sind zudem unter dem Schlagwort

„Konfliktmineralien“ verschiedene Regulierungsinitiativen ins Leben gerufen worden, die verhindern sollen, dass Unternehmen mit ihrer Beschaffung bewaffnete Konflikte finanzieren. Diese Sorgfaltsprüfungspflichten (Due-Diligence-Pflichten) müssen in der EU ab 2021 umgesetzt werden. Ihre Wirksamkeit beschränkt sich allerdings nur auf einzelne Rohstoffe, wenige Unternehmen und einen Teilbereich typischer Menschenrechtsverletzungen im Geschäft mit Rohstoffen. Die EU-Verordnung für Sorgfaltspflichten für Importe bestimmter Mineralien und Metalle ist zwar ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Transparenz: Erstmals werden Sorgfaltsprüfungen verpflichtend. Allerdings sehen wir hier dringenden Bedarf für substantielle Nachbesserungen (siehe Seite 8).

PRINZIPIEN FÜR EINE ROHSTOFFPOLITIK 4.0

Die Europäische Union hat als Großimporteurin von mineralischen Rohstoffen eine wichtige Rolle am internationalen Rohstoffmarkt. Ein Beispiel: Etwa 16 Prozent der weltweit gehandelten Rohstoffe Zinn, Wolfram, Tantal und Gold finden Abnehmer in den EU-Mitgliedsstaaten.⁸ Zusätzlich werden enorme Mengen dieser Rohstoffe in bereits verarbeiteter Form, z. B. in Elektronikgeräten, importiert. Österreich und Europa müssen eine echte „Rohstoffwende“ vollziehen und den Einsatz von neu geförderten und importierten mineralischen Rohstoffen in absoluten Zahlen massiv verringern.⁹

Die AG Rohstoffe hält es für absolut notwendig, dass der Abbau von Primärrohstoffen, soweit dieser erforderlich ist, künftig unter Berücksichtigung folgender sechs Prinzipien erfolgt:

1. ÖKOLOGISCH NACHHALTIG – IM GESAMTEN PRODUKTLEBENSZYKLUS

Am Beginn der Produktionskette müssen die negativen Auswirkungen der Ressourcenextraktion möglichst gering gehalten werden. Dies kann u.a. durch fortschrittliche Umweltgesetzgebung und deren Durchsetzung durch regionale und nationale Behörden sowie durch den Einsatz der jeweils umweltfreundlichsten Technologien sichergestellt werden. Auch die weiterverarbeitenden (internationalen) Betriebe tragen Verantwortung für ihre Beschaffungskette.

Gesamtgesellschaftlich und politisch müssen Anstren-

⁸ Global Witness: An effective responses to the conflict minerals trade, 2015, https://www.globalwitness.org/documents/18065/INTA_Vote_Briefing_-_An_Effective_Response_8_May_2015_FINAL.pdf (basierend auf UN Comtrade Statistiken).

⁹ Während es im Laufe des 20. Jahrhunderts eine Tendenz der relativen Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch zu beobachten war, scheint es in den letzten Jahren zu einem re-coupling zu kommen, d.h. der Ressourceneinsatz steigt stärker als die globale Wirtschaftsleistung. Siehe: United Nations Environment Programme (UNEP): Resource Efficiency: Potential and Economic Implications, 2016, <https://www.env.go.jp/press/files/jp/102839.pdf>

gungen bezüglich der Reduktion der Konsumfrequenz (z. B. Langlebigkeit und Reparierbarkeit von elektronischen Geräten), Reduktion des Einsatzes von toxischen Materialien, ökologischem Design, Ressourceneffizienz und Rohstoffrecycling unternommen werden. Im Sinne des europäischen Kreislaufwirtschaftspaketes haben Strategien zur Forcierung einer längeren und effizienteren Nutzung von Produkten Priorität. Sind die Optionen zur Weiter- bzw. Wiederverwendung ausgeschöpft, oder gehen mit einem zu hohen ökologischen Aufwand einher, ist in letzter Konsequenz ein möglichst rückstandsfreies Recycling anzustreben. Durch eine strikte Einhaltung und Weiterentwicklung der EU-Ökodesign-Vorgaben kann sichergestellt werden, dass nicht kreislauffähige Produkte vom Markt ferngehalten werden.

2. DEMOKRATISCH

Bergbauoperationen sollen ausschließlich auf Grundlage einer freien, vorab durchgeführten und auf vollständiger Information basierenden Zustimmung¹⁰ der lokalen Bevölkerung durchgeführt werden können. Aktuell wird der Abbau eines Rohstoffvorkommens oft mit „nationalem (Entwicklungs-)Interesse“ begründet. Tatsächlich profitiert meist aber nur ein relativ kleiner Kreis, während große Bevölkerungsgruppen überwiegend negative Auswirkungen zu tragen haben. Es ist daher absolut notwendig, dass über Bergbaupolitiken und konkrete große Operationen ein **transparenter und inklusiver öffentlicher Diskurs** geführt wird, der in demokratische Entscheidungsprozesse mündet. Ein demokratisches „Nein“ der betroffenen Bevölkerung zu Bergbauprojekten muss akzeptiert werden. Oft befinden sich Rohstoffvorkommen auf den Territorien indigener Völker. Internationale Konventionen und teilweise auch nationale Gesetze räumen der Bevölkerung besondere Rechte im Zusammenhang mit den sie betreffenden Großprojekten ein. Um diese jedoch auch effektiv durchzusetzen, bedarf es bestmöglicher Unterstützung.

¹⁰ Free, prior and informed consent (FPIC)

3. GERECHT

Unsere rohstoffintensiven mitteleuropäischen Lebensstile sind nicht nachhaltig und nicht für alle Menschen gleich. Europa verbraucht übermäßig viel an Rohstoffen und hinterlässt enorme Mengen an (toxischen) Abfällen. Gleichzeitig werden die Profite der Rohstoffextraktion und -aufbereitung äußerst unfair verteilt: Die lokalen Bevölkerungen am Abbauort kämpfen mit den schädlichen Auswirkungen, aber an den hohen Gewinnmargen sind sie nicht beteiligt.¹¹ Eine **fairere Verteilung der Rohstoff-Profite** ist deshalb absolut geboten.

4. ENTWICKLUNGSPOLITISCH KOHÄRENT

Die Nutzung natürlicher Ressourcen soll vorrangig im Interesse der regionalen und nationalen Entwicklung und zum Wohl der Bevölkerung des rohstoffexportierenden Landes erfolgen.¹² Vor allem rohstoffreiche Entwicklungs- und Schwellenländer müssen die Möglichkeit haben, die durch den Abbau von Rohstoffen erzielten Erlöse zur Förderung einer breiten, nachhaltigen Entwicklung einzusetzen: etwa zur Diversifizierung ihrer Wirtschaft und für die Schaffung von lokalen Arbeitsplätzen. **Das Ziel der lokalen Entwicklung** muss Priorität vor den Interessen transnationaler Konzerne haben. Investitionsschutzabkommen und Strategien rohstoffimportierender Staaten müssen dementsprechenden Gestaltungsspielraum erlauben.

Im entwicklungspolitischen Diskurs hat das Konzept der **Politikkohärenz** für Entwicklung große Bedeutung gewonnen, seine Relevanz wird u. a. von OECD¹³ und EU¹⁴ nachdrücklich betont. Kohärenz bedeutet, dass alle Politikbereiche übergeordnete Entwicklungsziele unterstützen bzw. zumindest nicht untergraben sollen.

5. MENSCHENRECHTSKONFORM

Österreich trägt eine Mitverantwortung für den weltweiten Schutz von Menschenrechten im Zusammenhang

mit der Extraktion und Aufbereitung von Rohstoffen. **Extraterritoriale Staatenpflichten**¹⁵ zum umfassenden Menschenrechtsschutz werden dafür in folgenden Bereichen eingefordert: Beschaffungsketten österreichischer Unternehmen, Finanzierung von Rohstoffprojekten durch FinanzmarktakteurInnen, Export von Anlagen und Equipment für Rohstoffabbau und -verarbeitung, grenzüberschreitende Abfallverbringung, Abschluss von Handels- und Investitionsschutzabkommen bzw. die Möglichkeiten von Konzernen, gegen Regulierungen zu klagen, Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen sowie Außenwirtschaftsförderung.

In den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte 2011 wurde eine umfassende Verantwortung von Unternehmen für ihre Lieferkette festgeschrieben. Um Wirksamkeit zu entfalten, müssen diese Leitprinzipien allerdings **verbindlichen Charakter** bekommen, und entsprechend in internationale Normen und nationale Rechtssysteme **implementiert** werden. Österreich ist angehalten, bestehende internationale Instrumente effektiv umzusetzen sowie sich an der Entwicklung von wirkungsvollen, neuen Initiativen zu beteiligen.

6. TRANSPARENT

Der Rohstoffbereich zählt international zu den Wirtschaftssektoren mit dem höchsten **Korruptionsrisiko**.¹⁶ Zudem sind durch die länderübergreifenden Strukturen der in Rohstofflieferketten tätigen Unternehmen auch Praktiken von Steuervermeidung häufig anzutreffen. Dadurch gehen den rohstoffreichen Ländern wichtige Einnahmen verloren. In den letzten Jahren sind auf internationaler Ebene etliche Initiativen (z.B. EITI¹⁷, OECD/BEPS¹⁸) entstanden, die eine höhere Transparenz im Rohstoffsektor zum Ziel haben. Diese Initiativen müssen ausgeweitet und verbessert werden und die Transparenzbestimmungen in verbindliche Gesetze gegossen werden.

¹¹ 67% der globalen Wertschöpfung wird in den OECD-Ländern generiert. In: Fischer, Jäger, Schmidt (Hrsg), Rohstoffe und Entwicklung – Aktuelle Auseinandersetzungen im historischen Kontext, 2016.

¹² Siehe z. B. UN Declaration on Permanent Sovereignty over Natural Resources, 1962 und UN Declaration for the Establishment of a New International Economic Order, 1974

¹³ <http://www.oecd.org/pcd/>

¹⁴ http://ec.europa.eu/europeaid/policies/policy-coherence-development_en

¹⁵ Extraterritoriale Staatenpflichten (extraterritorial obligations, ETOs) stehen für Menschenrechtsverpflichtungen der Staaten außerhalb des eigenen Territoriums, vgl. ETO Konsortium, online unter: <https://www.etoconsortium.org/en/main-navigation/our-work/what-are-etos/>

¹⁶ OECD, Scale of international bribery laid bare by new OECD report, 2014, online unter: <http://www.oecd.org/daf/anti-bribery/scale-of-international-bribery-laid-bare-by-new-oecd-report.htm>

¹⁷ Extractive Industries Transparency Initiative <https://eiti.org/>

¹⁸ Base Erosion and Profit Shifting (BEPS); 2013 wurde von der OECD ein Aktionsplan gegen die geplante Verminderung steuerlicher Bemessungsgrundlagen und das grenzüberschreitende Verschieben von Gewinnen durch multinationale Konzerne verabschiedet. <http://www.oecd.org/tax/beps/>

UNSERE EMPFEHLUNGEN AN DIE POLITIK

Vorrangiges Ziel der Rohstoffpolitik in ihrer herkömmlichen Definition ist eine kostengünstige und gesicherte Versorgung der heimischen Wirtschaft mit Rohstoffen.¹⁹ Aus Sicht der AG Rohstoffe muss Rohstoffpolitik jedoch breiter gedacht werden. Es gilt, in Richtung einer umfassenden kreislaufwirtschaftsorientierten Ressourcenpolitik zu gehen, die Rohstoffförderung, Produktion, Nutzung, sowie Sekundärrohstoffbewirtschaftung berücksichtigt. Sie muss sich ökologischen

und sozialen Zielen unterordnen sowie die Interessen der Abbauländer miteinbeziehen. Eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Rohstoffpolitik muss daher interdisziplinär und ressortübergreifend konzipiert und umgesetzt werden. Es braucht dafür sowohl nationale Maßnahmen als auch die Koordination von Strategien auf internationaler Ebene unter Einbeziehung von staatlichen und nicht-staatlichen AkteurInnen.

HANDELS- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die EU und andere Industrieländer verfolgen Strategien, um Zugang zu bestimmten mineralischen Rohstoffen zu erhalten – denn die Nachfrage steigt.²⁰ Antriebsfeder der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sind Versorgungssicherheit und Importunabhängigkeit. Ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung dieser Strategien ist die Handels- und Investitionspolitik der EU. In **Freihandelsabkommen** mit Nicht-EU-Ländern werden etwa Exportbeschränkungen von unverarbeiteten Rohstoffen und Zölle auf Rohstoffexporte als nicht zulässig erklärt. Investitionsschutzabkommen verfolgen das Ziel, eine höhere Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu generieren und enthalten oft Bestimmungen, die den wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielraum von Entwicklungsländern²¹ stark einschränken.

Dem gegenüber bleibt die **menschenrechtliche Verantwortung** von Unternehmen vage und nachrangig. Die vorhandenen Menschenrechtsklauseln nehmen sie nur ungenügend in die Pflicht, denn sie sind schwer durchsetzbar. Ein großes Manko, denn fast ein Drittel der Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen im globalen Wirtschaftsgeschehen betreffen den extraktiven Sektor.²²

In Sinne der Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung (siehe Seite 5) sollten wirtschafts- und handelspolitische Maßnahmen so ausgestaltet werden, dass sie entwicklungspolitische Ziele unterstützen. Das betrifft etwa Rohstoff-, Handels- und Investitionsschutzabkommen.

Vor diesem Hintergrund fordert die AG Rohstoffe:

REFORM DER EU-HANDELSPOLITIK

→ Die österreichische Bundesregierung muss sich dafür einsetzen bzw. festlegen, dass künftig **vor Verhandlungsbeginn** zu Handels- und Investitionsschutzabkommen **ökonomische, ökologische und menschenrechtliche Folgenabschätzungen** durchgeführt und deren Empfehlungen in den Verhandlungsmandaten berücksichtigt werden. Im Sinne der Demokratisierung der Europäischen Union müssen die nationalen Parlamente schon viel früher, nämlich bereits bei der Vergabe eines Mandats für Verhandlungen zu einem Handelsabkommen, einbezogen werden. Es muss garantiert werden, dass Handelsabkommen nicht die Spielräume von Staaten einschränken, Maßnahmen für inklusive wirtschaftliche Entwicklung umzusetzen und Menschenrechte zu schützen.²³ Es muss die Möglichkeit erhalten werden, durch Exportzölle wichtige Einnahmen zu generieren, Exportmengen zu regulieren und industriepolitische Maßnahmen zu formulieren.

→ Ausländische InvestorInnen dürfen **keine Sonderbehandlung** bzw. parallele Gerichtssysteme bekommen und Investor-State-Dispute-Settlement (ISDS)-Klauseln müssen aus den Handels- und Investitionsabkommen ersatzlos gestrichen werden.

ENTWICKLUNGSPOLITIK: KAPAZITÄTENSTÄRKUNG VON STAAT UND ZIVILGESELLSCHAFT

→ Entwicklungspolitische Strategien müssen die Kapazitäten der Partnerländer für eine **effektive Gestaltung und Regulierung des Rohstoffsektors** stärken. Dazu gehören Bergbau- und Umweltschutz-Gesetzgebung, die die lokale Entwicklung, das Recht auf Beteiligung und den Schutz der Bevölkerung vor negativen Auswirkungen im Zentrum haben. Dazu zählen auch die Umsetzung von Umwelt- und Sozialstandards sowie die Verbesserung von Verhand-

¹⁹ Säule 2 der österreichischen Rohstoffstrategie: „2. Säule: Sicherung eines fairen und diskriminierungsfreien Zugangs zu mineralischen Rohstoffen auf den Weltmärkten“. Online unter: <https://www.bmnt.gv.at/energie-bergbau/bergbau/Rohstoffstrategie.html>

²⁰ Vgl. <https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/minerale-und-metalle/glossar/>

²¹ Right to regulate

²² Human Rights Council, Promotion and Protection of all human rights, civil, political, economic, social and cultural rights, including the right to development, 2008 (A/ HRC/8/5/add. 2)

²³ right to regulate

lungskapazitäten und Know-How im Bereich der Vergabe von Bergbaulizenzen und anderen Verträgen. Ein zentraler Bereich ist auch die Implementierung eines transparenten und effizienten öffentlichen Finanzmanagements im Einnahmen- und Ausgabenbereich. So wird u.a. die Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber der Bevölkerung erhöht. Zivilgesellschaftliche AkteurInnen müssen unterstützt und ihre Kapazitäten ausgebaut werden.

→ Auf internationaler Ebene müssen die Bemühungen

zur **Bekämpfung von Steuerflucht** verstärkt werden.

- Eine **Stabilisierung der Rohstoffpreise** muss etwa durch Regulierungen, die den Einfluss von Finanzmarktakteuren reduzieren, angestrebt werden.
- Um die Abhängigkeit vom Abbau der begrenzten mineralischen Ressourcen zu reduzieren, muss auf entwicklungspolitischer Ebene zum **Aufbau von Alternativen zum Bergbau** beigetragen werden. Hier gilt es, Strategien für eine Erhöhung von Wertschöpfung und für wirtschaftliche Diversifizierung zu unterstützen.

ÜBERNAHME VON VERANTWORTUNG IN GLOBALEN LIEFERKETTEN

Sowohl der Abbau, Aufbereitung und Verarbeitung von Rohstoffen als auch die Herstellung von Elektronikprodukten wird weltweit von wenigen transnationalen Unternehmen kontrolliert. Diese haben Produktionsschritte weitgehend dorthin ausgelagert, wo Rohstoffe und Arbeitskraft billig verfügbar sind und Staaten Umweltschutzbestimmungen, ArbeitnehmerInnen- und Menschenrechte niedrigschwellig aufgesetzt haben und/oder nicht durchsetzen (können). Ausgediente Produkte gelangen durch illegale Abfallexporte auch in solche Staaten zurück. Österreichische und europäische Unternehmen profitieren über ihre Liefer- und Wertschöpfungskette unmittelbar von den Rohstoffen, die unter menschenrechtlich und ökologisch problematischen Bedingungen abgebaut und verarbeitet wurden.

Eine aktive Zivilgesellschaft ist wichtig, um Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen, Korruption und ausbeuterische Arbeitsbedingungen aufzuzeigen. Durch zivilgesellschaftliche Organisationen kann die betroffene Bevölkerung ihre Interessen besser vertreten und etwa Wiedergutmachung und Entschädigungen einfordern. Zentral ist auch das **Engagement einer globalen Zivilgesellschaft** für faire Arbeitsbedingungen und bessere Umweltstandards. Der Handlungsspielraum für Organisationen der Zivilgesellschaft wird jedoch aktuell weltweit beschnitten.²⁴ Lokale NGOs, AktivistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen werden eingeschüchtert, kriminalisiert, tötlich angegriffen oder sogar ermordet.

Im **öffentlichen Sektor** haben soziale Verantwortung und Nachhaltigkeit sowie Transparenz und fairer Wettbewerb einen hohen Stellenwert, und öffentliche Beschaffung gilt zunehmend als wichtiger Hebel, um auf Verbesserungen im sozialen Bereich und im Umweltbereich hinzuwirken. Öffentliche Institutionen sind oft Großabnehmer von IT-Hardware und erwerben diese Produkte auf Grundlage langfristiger Verträge. Sie sind

mit ihrer Kaufkraft in der Lage, Marktchancen für Unternehmen zu schaffen, die sich zur Achtung der Umwelt und Arbeitsrechte und zur Einhaltung von Sicherheitsstandards in globalen Lieferketten verpflichten, und sie können diese Unternehmen zur Rechenschaft ziehen, falls sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Die EU-Vergaberichtlinien (RL 2014/24/EU²⁵) haben mit einer Stärkung der sozialen Kriterien und der Unternehmensverantwortung für Subunternehmer eine Stoßrichtung für eine effektivere soziale Beschaffung gelegt. Die Umsetzung in dem Bundesvergabegesetz (BVerG 2018) hat jedoch leider die Chance verpasst, konkreten und verbindlichen sozialen Standards für die Lieferkette Gesetzesform zu verleihen.²⁶

Vor diesem Hintergrund fordert die AG Rohstoffe:

- Die **Bestimmungen zur globalen Verantwortung von international agierenden Unternehmen** der UN-Leitsätze für Wirtschaft und Menschenrechte müssen **rechtsverbindlich** werden. Dazu braucht es eine gesetzliche Verpflichtung von Unternehmen, Verantwortung für die ökologischen und sozialen Wirkungen auch im Rahmen ihrer Liefer- und Wertschöpfungskette zu übernehmen. Wir fordern eine **menschenrechtliche Sorgfaltsprüfungspflicht** von Unternehmen, die ihre Aktivitäten und Geschäftsbeziehungen mittels Risiko- und Folgenabschätzungen auf Menschenrechte und Umwelt entlang der gesamten Wertschöpfungskette analysieren müssen.
- Unternehmen müssen verpflichtet werden, wirksame Maßnahmen umzusetzen, um entsprechende Risiken zu minimieren. Verursachte Schädigungen an Mensch und Umwelt müssen mit **Haftungsmechanismen** verknüpft werden, um die Opfer zu entschädigen und Risikokosten für Unternehmen zu begründen. Schadenersatz soll vor österreichischen Gerichten einklagbar sein.

²⁴ Vgl. z. B. European Parliament: Shrinking space for civil society: the EU response, 2017, [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/578039/EXPO_STU\(2017\)578039_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/578039/EXPO_STU(2017)578039_EN.pdf); Unmüßig: Shrinking, Closing, No Space - Zivilgesellschaft unter Druck, 2016,

²⁵ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=celex:32014L0024>

²⁶ Vgl. Bundesvergabegesetz 2018, online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20010295>

- Auf internationaler Ebene soll der 2014 begonnene Prozess um einen UN-Vertrag zu Wirtschaft und Menschenrechten von Österreich dahingehend genutzt werden, sich für wirksame, verbindliche und **global anwendbare Menschenrechtsstandards** für global agierende Unternehmen einzusetzen. Ergänzend zur nationalen Implementierung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte soll so auch auf internationaler Ebene an einem gemeinsamen Verständnis zur globalen Verantwortung von Unternehmen sowie einer verbindlichen Umsetzung gearbeitet werden.
- Die im März 2017 beschlossene **EU-Konfliktmineralienverordnung** muss in Österreich ambitioniert umgesetzt werden. Weiters soll sich Österreich an der Erarbeitung von **verbindlicheren Kriterien der Sorgfaltsprüfungspflicht** (Due-Diligence-Pflichten) für rohstoffimportierende Unternehmen beteiligen und sich für wirkungsvolle Maßnahmen einsetzen. Verstöße gegen die Verordnung müssen durch Bußgelder national geahndet werden, Österreich muss hier seine nationale **Umsetzungskompetenz voll ausschöpfen**, damit keine Anreize geschaffen werden, die Anforderungen zu unterlaufen.
- Als eine Option zur Sicherstellung **sozial verantwortlicher öffentlicher Beschaffung** in der IT- und Elektronikindustrie sollen öffentliche Auftraggeber in Österreich der **Monitoring-Organisation Electronics Watch**²⁷ beitreten. Electronics Watch organisiert öffentliche Auftraggeber europaweit und stellt – im Rahmen der jeweiligen Vergaberichtlinien – jene Instrumente bereit, die sie benötigen, um eine wirksame

Nachfrage nach fairen Arbeitsbedingungen in ihren Lieferketten zu schaffen. Öffentliche Auftraggeber integrieren die Vertragsbedingungen von Electronics Watch in ihre Lieferverträge für IT-Hardware und verpflichten so ihre Zulieferer zur Einhaltung der Arbeitsrechte und Sicherheitsstandards entlang der Lieferkette.

- Zum Schutz der Rechte indigener Völker soll Österreich die **Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifizieren**. Dieses Abkommen erkennt die Landrechte indigener Völker an und schützt diese. Das Übereinkommen verbietet UN-Mindeststandards für Konsultations- und Mitbestimmungsrechte für indigene Völker bei sie betreffenden Projekten. Österreich hat bisher die Ratifizierung des Abkommens vor allem mit dem Argument abgelehnt, dass es hierzulande keine indigene Bevölkerung gebe. Dabei wird ausgeblendet, dass Aktivitäten österreichischer Unternehmen sowie die österreichische Außen- und Entwicklungspolitik Auswirkungen auf indigene Völker in anderen Teilen der Welt haben. Eine Ratifizierung nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten, wie den Niederlanden, Dänemark, Norwegen und Spanien, würde Bewusstsein schaffen, Betroffene unterstützen und die Konvention grundsätzlich stärken.
- Das **Prinzip der freien, vorab durchgeführten und auf Information basierenden Zustimmung** („free, prior and informed consent“) in der Fassung von Artikel 20 der UN-Declaration of the Rights of Indigenous Peoples soll als Verpflichtung in internationale Handelsabkommen integriert werden.

UMWELTSCHUTZ UND KREISLAUFWIRTSCHAFT

Schädliche Umweltauswirkungen der „Digitalisierung“ sind vielfältig. Sie umfassen den ganzen Lebenszyklus des Produktes, von Abbau und Aufbereitung der Rohstoffe für die Verarbeitung zur Hardware, über laufenden Energieverbrauch und nach Ablauf der Nutzungs- und Lebensdauer das „End of Life“ der Produkte. Die Gewinnung und Aufbereitung von Primär- und Sekundärrohstoffen ist energieintensiv und geht meist mit erheblichen Eingriffen in die Natur sowie Gesundheitsbelastungen der ansässigen Bevölkerung einher. Beispiele sind die Zerstörung großer Flächen beim Tagebau, die eine aufwendige Renaturierung erfordern; Emission von Schadstoffen in Wasser, Boden und Luft; Recycling und Deponierung der Reststoffe. Je nach Rohstoff und Art des Abbaus treten eine Vielzahl unterschiedlicher Umweltauswirkungen auf, da in Abhängigkeit von den verwendeten Technologien z.T. auch in Europa bereits verbotene toxische Substanzen angewendet werden.

EFFIZIENZ, SUFFIZIENZ UND KONSISTENZ

Es ist unbedingt notwendig, die negativen Umweltauswirkungen in der Herstellung, dem Verbrauch/Gebrauch und der Abfallbewirtschaftung massiv einzudämmen. Es braucht auch einen Wechsel hin zu weniger ressourcenintensiven Formen des Konsums. Die drei Säulen dafür sind **„weniger, besser, anders“**. Denn ohne die Kombination von Effizienz und (Selbst-)Begrenzung (Suffizienz) sowie die Berücksichtigung der Konsistenz wird es nicht gehen. Konsistenz sucht umweltverträgliche Technologien, die die Ökosysteme möglichst wenig belasten. Suffizienz strebt einen geringeren Verbrauch von Ressourcen durch eine verringerte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen an, so diese Material und Energie verbrauchen. Die Verwendung von Rohstoffen in Kreisläufen steht derzeit hoch auf der politischen Agenda, und wurde v.a. durch die Implementierung

²⁷ <http://electronicswatch.org/de>

des „EU-Circular Economy Action Plan“²⁸ vorangetrieben. Die Umsetzung der darin enthaltenen Vorgaben wird aktuell, unter Missachtung der Abfallhierarchie (§1 AWG), primär durch Recycling angestrebt. Die vorrangigen Stufen, **Abfallvermeidung und Vorbereitung zur Wiederverwendung** und damit zusammenhängende Regelungen, wie z. B. zu Ökodesign, bekommen nur unzureichende Aufmerksamkeit. In Hinblick auf eine praktische Umsetzung der verschiedenen notwendigen Aspekte stehen wir allerdings noch am Anfang. Da leider nicht zu erwarten ist, dass die Mitgliedsstaaten und Hersteller von sich aus diese Umstellung vollziehen werden, ist die europäische und internationale Politik aufgerufen, sich in Form von legislativen Rahmenbedingungen dafür einzusetzen. Zudem blendet die aktuelle Kreislaufwirtschaftsdiskussion völlig aus, dass bei einer Verringerung von Rohstoffimporten in die EU die von der Rohstoffextraktion völlig abhängige Wirtschaft der Herkunftsländer der Rohstoffe Unterstützung bei der Transformation hin zu einer nachhaltigen regionalen Wirtschaft benötigt.

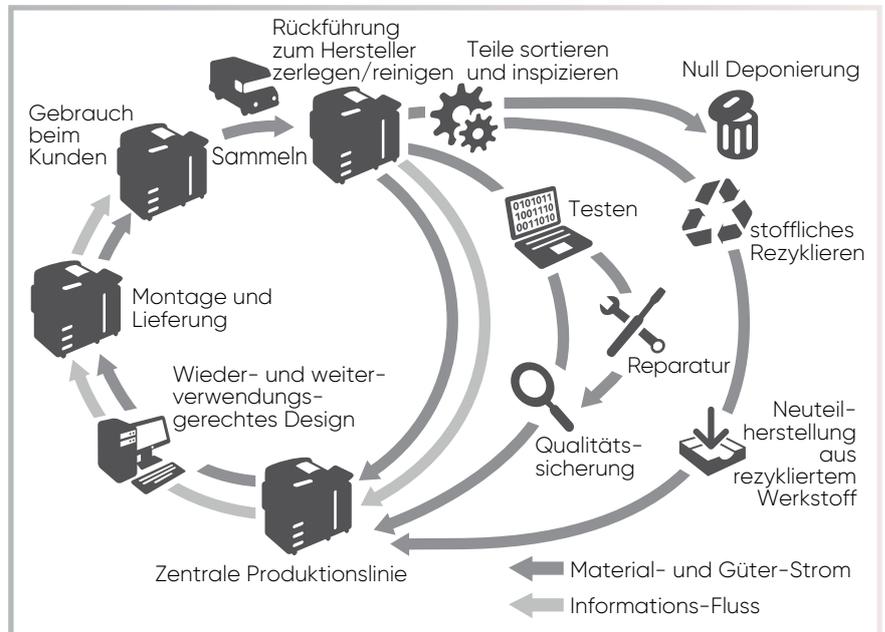
LÄNGERE NUTZUNGSDAUER

Einer der dringendsten Handlungsbereiche in Bezug auf elektronische Gebrauchsgegenstände ist es, eine längere Nutzung der Geräte zu erwirken, um den Rohstoffbedarf zu reduzieren. Dies kann durch Veränderungen in der Konzeption (Planung, Design) und der Herstellung von Produkten erreicht werden. Die Geräte müssen „clever designed“ sein, damit sie eine längere Haltbarkeit aufweisen – aufrüstbar, reparierbar und auch für die Wiederverwertung konzipiert (Design for Re-Use/Recycling). Im Allgemeinen gilt auch hier „weniger ist mehr“. So gibt etwa selbst der Mobiltelefonhersteller „Fairphone“ zu bedenken: „We like to say that the fairest phone available is the one you already own.“ Denn laut Schätzungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen fallen jährlich weltweit 41 Millionen Tonnen Elektroschrott an. Allein 2014 wurden in der EU 3,6 Millionen Tonnen Elektro- und Elektronik-Altgeräte gesammelt.²⁹ Davon machen große Haushaltsgeräte etwa 1,7 Millionen Tonnen oder 47% der gesamten in der EU-28 gesammelten Geräte aus. Bei über einer halben Million Tonnen handelt es sich um IT- und Telekommunikationsausrüstungen sowie Unterhaltungselektronik.³⁰

²⁸ <http://ec.europa.eu/environment/circular-economy/>

²⁹ Baldé / Wang / Kuehr / Huisman: The global e-waste monitor – 2014, 2015, <https://i.unu.edu/media/unu.edu/news/52624/UNU-1stGlobal-E-Waste-Monitor-2014-small.pdf>

³⁰ Waste electrical and electronic equipment (WEEE); Siehe <http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/>



Grafik: Fuji Xerox (2014)³¹

Die Substitution von Primär- durch Sekundärrohstoffe mittels Recycling kann einige negative Umweltauswirkungen verhindern. Dem sind jedoch technische Grenzen gesetzt. Daher stellt Recycling die letzte Option der kreislauforientierten Abfallwirtschaft dar. Vorrangig ist die „Vorbereitung zur Wiederverwendung“. In Re-Use-Betrieben werden Elektroaltgeräte repariert, aufbereitet und geprüft. Diese Arbeiten werden in Österreich größtenteils von sozialen Unternehmen durchgeführt. Sie arbeiten mit benachteiligten Menschen, die vom Arbeitsmarktservice vermittelt werden (Transitarbeitskräfte) und helfen ihnen wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Nachdem der Prozess „Vorbereitung zur Wiederverwendung“ abgeschlossen ist, werden die Güter verkauft. Damit wird die Anhäufung von Elektroschrott präventiv verhindert, lokale Wertschöpfung gefördert und benachteiligten Menschen geholfen – ein Vorzeigebispiel wie die drei Säulen der Nachhaltigkeit mit einer Aktivität abgedeckt werden können.

Ein wesentlicher Einflussfaktor auf die technischen Grenzen des Recyclings von Elektroaltgeräten ist die Zusammensetzung dieses Abfallstroms (Anteile und Lokalisation verwertbarer Rohstoffe, Gehalt an potentiell toxischen Stoffen). Diese variiert signifikant von Produkt zu Produkt und ist daher derzeit schwer zu managen. Dazu kommt, dass ein Teil des europäischen E-Abfalls auf illegalem Weg aus Europa exportiert wird und in Ländern wie China oder Ghana landet, wo mithilfe gesundheits- und umweltschädlicher Methoden Gold, Silber, aber auch Kupfer, Zinn, Aluminium und andere Materialien rückgewonnen werden. Der Bericht der „European Union Action to Fight Environmental Crime“

Waste_statistics_-_electrical_and_electronic_equipment

³¹ https://www.fujixerox.com/eng/company/sr/booklet/2014e_12.pdf

(EFFACE) schätzt³², dass jährlich 8 Millionen Tonnen Elektroschrott aus der EU illegal alleine nach China exportiert werden.

Besonders schlecht rezyklierbare Stoffe und besonders umweltbelastende Bestandteile sollten rasch durch alternative umweltverträglichere Rohstoffe oder Technologien ersetzt werden. Langfristig ist der Aufbau eines flächendeckenden europaweiten „Reduce-Re-Use-Recycle-Programms“ für Rohstoffe unumgänglich. Die langfristigen Vorteile einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft sind offensichtlich: Durch eine möglichst lange Nutzungsphase, die eine Weitergabe re-use-fähiger Produkte involviert, sowie die getrennte Sammlung und professionelle Verwertung defekter Geräte und die Verwendung von Sekundärrohstoffen werden die negativen Umweltauswirkungen der Primärrohstoffgewinnung vermindert.

Vor diesem Hintergrund fordert die AG Rohstoffe:

- Die Aktualisierung des **Österreichischen Ressourceneffizienz Aktionsplans (REAP)** und dessen Erweiterung um verbindliche Ressourcenreduktions- und Ressourceneffizienzziele.
- Die **Verbesserung des Ökodesigns** im Hinblick auf Materialeffizienz, Produktlebensdauer, Reparierbarkeit, Recyclingeignung sowie verringerte Schadstoffgehalte.
- Die **Verlängerung der Gewährleistungsfrist** sowie die Verfügbarkeit von kostengünstigen oder kostenlosen **Ersatzteilen** sowie steuerliche Begünstigung und finanzielle **Anreizsysteme für Dienstleistungen wie Reparatur und Wartung**. So sollte beispielsweise die Mehrwertsteuer auf Reparaturen nach dem Vorbild Schweden gesenkt werden, sowie Reparaturförderungen nach dem Muster Graz, Steiermark und Oberösterreich österreichweit eingeführt werden.

BEWUSSTSEINSBILDUNG UND BETEILIGUNG

Ein nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen bedarf einer grundlegenden Veränderung unserer Lebensstile und Konsummuster. Dies ist ein langfristiger, gesamtgesellschaftlicher Prozess. **Zivilgesellschaftliche Organisationen** erfüllen in diesem Zusammenhang eine wichtige Aufgabe. Sie stehen in direktem Kontakt mit ihren Dialoggruppen, motivieren sie zu Verhaltensänderungen und stoßen Innovationen an. Die organisierte Zivilgesellschaft sollte daher auch aktiv in die Politikgestaltung und die Planung und Durchführung von Maßnahmen eingebunden werden.

- Besonders schlecht rezyklierbare Stoffe oder besonders umweltbelastende Bestandteile sollten so schnell wie möglich durch alternative, **umweltverträglichere Rohstoffe oder Technologien** ersetzt werden.
- Verbindliche **Wiederverwendungsziele** für Elektrogeräte und ihre Komponenten.
- Eine kompromisslose **Umsetzung der Abfallhierarchie** gemäß der EU-Abfallrahmenrichtlinie. Abfallvermeidung und Vorbereitung zur Wiederverwendung sind durch Bewusstseinsbildung bei den BürgerInnen und Förderung des Re-Use-Sektors zu priorisieren.
- Sozialwirtschaftliche Unternehmen sind auf Unterstützung von und Kooperation mit Behörden und Unternehmen angewiesen: so muss z.B. endlich die gesetzliche Finanzierungsverantwortung der Hersteller von Elektro- und Elektronikgeräten auch für die Vorbereitung zur Wiederverwendung konsequent umgesetzt werden. Außerdem muss der Abbau von **Arbeitsmarktförderungen für sozialwirtschaftliche Re-Use-Betriebe**, die Hauptvertreter im österreichischen Re-Use-Sektor, rückgängig gemacht werden, weil ansonsten eine konsequente Kreislaufwirtschaft massiv geschwächt wird. Auch öffentliche Beschaffung muss sich an Langlebigkeit, Kreislauffähigkeit und Reparierbarkeit von Produkten orientieren.
- Die **Umsetzung einer echten „Kreislaufwirtschaft“** mit geschlossenen Lebenszyklen für Produkte mit einer möglichst geschlossenen Wertstoffwirtschaft.
- Den **Aufbau einer „sharing economy“**, die darauf abzielt, dass nicht mehr jede Einzelperson alle Gegenstände des täglichen Bedarfs selbst besitzt, sondern dass einzelne Geräte von mehreren Personen gemeinsam genutzt werden. Dies soll – frei nach dem Motto „nützen statt besitzen“ – zu mehr Nachhaltigkeit beitragen, z.B. durch deutliche Einsparungen beim Ressourcenverbrauch.

Wie eine Eurobarometer-Umfrage zeigt, halten die österreichischen KonsumentInnen eine gerechte Entwicklung in den Ländern des Südens für wichtig. Gleichzeitig ist das Wissen über Entwicklungszusammenarbeit und globale Zusammenhänge beschränkt.³³ Österreich kann durch gezielte Förderung sektorenübergreifender Bildungs- und Informationsarbeit (z. B. in der Ausbildung von JournalistInnen, Gestaltung von Lehrplänen) zu globalen Zusammenhängen im Rohstoffbereich das Bedürfnis der BürgerInnen nach mehr Information unterstützen und somit einen Grundstein für die oben beschriebenen Veränderungen legen.

³² Illes / Schweizer / Geeraert: Illegal shipment of e-waste from the EU. A case study on illegal e-waste export from the EU to China, 2015, www.efface.eu

³³ DAS EUROPÄISCHE JAHR FÜR ENTWICKLUNG – DIE ANSICHTEN DER EUBÜRGER ZU ENTWICKLUNG, ZUSAMMENARBEIT UND HILFE, 2015, online unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_421_de.pdf

Vor diesem Hintergrund fordert die AG Rohstoffe:

- Die Themen Ressourcenschonung und Ressourceneffizienz müssen in die **formalen Bildungsvorgaben** wie Lehr- und Studienpläne Eingang finden. Ein besonderes Augenmerk könnte hier zum Beispiel auf die Bewusstseinsbildung in der Ausbildung angehender ÖkonomInnen und TechnikerInnen gelegt werden. Ebenso empfehlenswert ist der entsprechende Ausbau ökologischer Beratungs- und Entwicklungsangebote wie Umwelt- und Abfallberatung, Energieberatung, lokale Agenda 21 etc.
- Es sollten **Beteiligungsprozesse** bei der Formulierung von Rohstoffpolitiken und -strategien etabliert werden, die eine adäquate Einbindung der Zivilgesellschaft gewährleisten. Die im Jahr 2008 vom Ministerrat beschlossenen „Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung“³⁴ bieten hierfür eine sehr gute Richtschnur.
- Entsprechende **Förderungsmöglichkeiten** für die Unterstützung von **zivilgesellschaftlichen Organisationen** und Initiativen müssen bereitgestellt werden.

Die zivilgesellschaftliche Arbeit und Kooperation entlang der gesamten Lieferkette von IT-Produkten soll gestärkt werden. In Österreich und Europa geht es v. a. um den Einsatz für ressourcenschonendere Lebensstile, die Mitwirkung an der Gestaltung von Rohstoffpolitik(en) und beispielhafte Pilotprojekte. In ressourcenreichen Entwicklungsländern ist die Stärkung der Zivilgesellschaft besonders wichtig, um Schutz von Umwelt und Menschenrechten (u.a. durch die Arbeit von MenschenrechtsverteidigerInnen), Transparenz und Korruptionsbekämpfung zu gewährleisten.

- Die **Forschungsförderung** sollte in ihrem Fokus dringend ausgeweitet werden. Es ist Forschung zu ermöglichen, welche die Auswirkungen der Rohstoffpolitiken des globalen Nordens auf den Gestaltungsspielraum sowie die soziale und ökologische Situation in Abbauländern genauer untersucht. Wünschenswert sind auch Förderprojekte, die gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Richtung ressourcenschonenderer Lebensstile unterstützen und befördern.

³⁴ BKA, Standards für die Öffentlichkeitsbeteiligung, 2009, online unter: http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Standards_OeB/standards_der_oeffentlichkeitsbeteiligung_2008_druck.pdf

ARBEITSGEMEINSCHAFT ROHSTOFFE

Die **ARBEITSGEMEINSCHAFT ROHSTOFFE** ist ein Bündnis österreichischer NGOs mit dem Ziel, negative Auswirkungen des Abbaus mineralischer Rohstoffe etwa für IT- und Hochtechnologie-Produkte durch deren Herstellung, Nutzung und Entsorgung zu verringern sowie gleichzeitig positive Ansätze eines nachhaltigeren Umgangs mit diesen Materialien politisch und gesellschaftlich voranzutreiben. Konkret heißt dies, nationale, europäische und internationale Rohstoffpolitik mitzugestalten und zu einem bewussteren gesellschaftlichen Umgang mit mineralischen Rohstoffen beizutragen.

Die AG Rohstoffe wird von Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar, GLOBAL 2000, dem Jane Goodall Institut – Austria, Finance & Trade Watch, Südwind, dem Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe), weltumspannend arbeiten und RepaNet, dem österreichischen Re-Use- und Reparaturnetzwerk gebildet. Wissenschaftlich begleitet wird das Bündnis durch die Österreichische Forschungstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE).

IMPRESSUM

April 2019

AG Rohstoffe
c/o Dreikönigsaktion
- Hilfswerk der Katholischen Jungschar
Wilhelminenstraße 91/II, 1160 Wien

Kontakt: ag_rohstoffe@dka.at

Layout: Matthias Kötter

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

GEFÖRDERT DURCH DIE



ÖSTERREICHISCHE
ENTWICKLUNGS
ZUSAMMENARBEIT

Dieses Positionspapier wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erstellt. Für den Inhalt sind die Herausgeber/innen allein verantwortlich.